**Markus Meckel**

## Vorwort des Autors zur polnischen Ausgabe

Von Polen her gesehen war die DDR nie ein Sympathieträger – weder von der polnischen Regierung der Volksrepublik her noch von der Bevölkerung Polens. Für die Regierung erschien sie notwendig, schon wegen der Grenzanerkennung seit dem Görlitzer Vertrag 1950 auf Druck der Sowjetunion – aber Sympathien hegte man ihr gegenüber nicht und in den 80er Jahren gab es dann sogar noch Grenzstreitigkeiten im Stettiner Haff. Zwar gab es in den 70er Jahren eine Phase, in der polnische Bürger in der DDR günstig einkaufen konnten, doch führte das in Grenznähe zu Engpässen in den Läden und zu Unwillen in der deutschen Bevölkerung, was die gegenseitigen Sympathien nicht gerade erhöhte. Zwar kannten viele Polen die DDR – und wer dort länger weilte, hatte oft auch gute persönliche Beziehungen, aber dem Staat gegenüber war man skeptisch. Die DDR blieb der besonders treue Vasallenstaat der Sowjetunion im kommunistischen Block und war daher – gerade in den 80er Jahren – die düstere Durchfahrtsregion auf dem Weg in die Bundesrepublik. Gleichzeitig wusste man wenig über die DDR und ihre inneren Verhältnisse. So hat es mich z. B. erstaunt, dass selbst Tadeusz Mazowiecki 2013 beim Rundgang durch eine Ausstellung zum Volksaufstand von 1953 in der DDR mir gegenüber bekannte, dass er über diesen Aufstand und seine Bedeutung bis dahin wenig gewusst habe. Das hätte man in Polen nicht wahrgenommen. Dabei hatte gerade er schon früh Beziehungen in die DDR, zu Lothar Kreyssig und Günter Särchen etwa, den Initiatoren der Aktion Sühnezeichen und des Polen-Kreises in Magdeburg.

Meine Erinnerungen beschreiben meinen Lebensweg in der DDR, der für das kommunistische Land keineswegs typisch war, aber dann doch auch nicht so ungewöhnlich, wie er vielleicht erscheint. Das Leben in der DDR verlief ja völlig unterschiedlich je nach der Herkunft und den gesellschaftlichen Zusammenhängen, in die man hineingeboren wurde. Mein Vater, in Wuppertal im Rheinland aufgewachsen, war deutscher Offizier gewesen, wie Millionen andere. Im Krieg hatte er geheiratet. Er kam im Herbst 1949 aus der sowjetischen Kriegsgefangenschaft zurück nach Berlin, und die Eltern begannen nach fast acht Jahren Ehe ein gemeinsames Leben. Er war evangelischer Pfarrer und hatte der Bekennenden Kirche angehört, dem Teil der protestantischen Kirche, welche sich gegen die Übergriffe des nationalsozialistischen Staates wehrte. Sein tiefer Glaube hatte ihn davor bewahrt, Nationalsozialist zu werden. Bei der Rückkehr war er nach viereinhalb Jahren Lagerhaft im Norden der Sowjetunion zu einem Pazifisten geworden. Einem Angebot, in Hannover Jugendpfarrer zu werden, folgte er nicht, sondern dem Ruf der Kirche, die Pastoren für einen Dienst in der gerade gegründeten DDR suchten, um die christlichen Gemeinden in dem ihnen feindlich gesinnten Umfeld zu betreuen. So wurden wir fünf Geschwister in der DDR geboren und wuchsen im Rahmen der evangelischen Kirche gewissermaßen von der Muttermilch an in kritischer Distanz zu den vom Atheismus und Religionsfeindlichkeit geprägten gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen des eigenen Landes auf. In einem anderen, nicht so stark vom christlichen Glauben geprägten familiären Umfeld, etwa in einer kommunistischen Familie, wäre mein Leben völlig anders verlaufen. So wurde auch ich durch die Verhältnisse in der DDR geprägt, aber eben durch die ständige Auseinandersetzung mit diesen.

Meine erste Reise nach Polen erlebte ich 1966 als Teenager; ich begleitete meinen Vater, der für ökumenische Beziehungen zuständig war, bei einer Besuchsreise zu evangelischen Gemeinden in Polen. Wir fuhren über Stettin, besuchten pommersche Gemeinden und waren in Danzig. In Warschau traf ich Bischof Andrzej Wantuła wieder, der uns schon in Berlin besucht hatte. Über Wisła in den Beskiden und Breslau ging es zurück nach Berlin. Ich erlebte sehr traditionelle Gemeinden, zu denen in den ehemals deutschen Gebieten auch noch viele dort verbliebene Deutsche gehörten, sodass oft deutsch gesprochen wurde und ich es verstand. Im Jahr zuvor hatte ich zu Hause durch Gäste meines Vaters aus der Bundesrepublik Gespräche über die Ostdenkschrift der EKD mitbekommen und kannte die schwierige Diskussion um die Anerkennung der polnischen Westgrenze, verbunden mit der klaren Position des Vaters, dass diese Grenze vor dem Hintergrund des Krieges und der deutschen Verbrechen anerkannt werden müsse. Gleichzeitig galt es, die in Polen verbliebenen Deutschen seelsorgerlich zu begleiten und sie zu unterstützen. Durch Jürgen Schmude, einen Freund meines Vaters und später Justizminister unter Helmut Schmidt, gab es Verbindungen zu Gustav Heinemann und so verfolgten wir 1969 mit Spannung seine Wahl zum Bundespräsidenten. Aus vollem Herzen wurde im Elternhaus und in den Kreisen der evangelischen Kirche in der DDR, in denen ich zu Hause war, die Versöhnungs- und Verständigungspolitik Willy Brandts unterstützt. Als er in Warschau am 7. Dezember 1970 vor dem Ghettodenkmal in Warschau niederkniete, beeindruckte das tief – es war die feste Überzeugung: er kniet dort auch für uns!

In diesen Erinnerungen beschreibe ich, wie ich durch meinen Vater nicht nur Polen, sondern eigentlich alle von der DDR aus zugänglichen Länder Ostmittel- und Südosteuropas kennenlernte, und hier insbesondere die protestantischen Minderheitenkirchen. So habe ich in Siebenbürgen in Rumänien viel gelernt zur Situation von Minderheiten, was mir später in der Politik sehr geholfen hat. Es faszinierte mich, diese komplexe Geschichte in Ostmitteleuropa kennenzulernen und zu spüren, dass es jenseits der offiziellen Geschichtsschreibung Unter- und Nebentöne gibt, davon abweichende Erfahrungen, die bei den jeweiligen Völkern bis in die Gegenwart zu reichenden tiefen Prägungen geführt haben.

Mehrere Reisen führten mich in den 70er Jahren als Student in den Sommerferien nach Polen. Eine große Liebe zu einer Polin tat das ihre, auch die emotionalen Bindungen zu diesem Land tiefe Wurzeln schlagen zu lassen. Im Sommer 1980 begann in Mecklenburg mein Vikariat, der kirchliche Vorbereitungsdienst für das Pfarramt. In den Sommerwochen renovierten wir das Pfarrhaus, ein altes Fachwerkhaus und verfolgten im Radio mit Spannung die Streiks auf der Werft in Danzig und schließlich die Gründung der unabhängigen Gewerkschaft „Solidarność“. Dass dies möglich wurde, erschien uns unfassbar – passte dies doch in keiner Weise in die kommunistischen Herrschafts- und Machtstrukturen. Wenn dies erfolgreich sein würde, so waren wir überzeugt, hätte das eine unmittelbare Sprengwirkung nicht nur für Polen, sondern für die gesamte sowjetkommunistische Welt, also auch für uns. Die Informationen aus Polen erhielten wir durch die westlichen Nachrichten. Gleichzeitig sammelte ich jeden noch so kurzen Kommentar aus dem „Neuen Deutschland“, denn für die SED musste dies als eine riesige Bedrohung wahrgenommen werden. So war es auch. Ich schnitt alle diese Zeitungsartikel aus, später gab ich sie an Wolfgang Templin, der in den Reihen der Opposition gemeinsam mit Ludwig Mehlhorn die Ereignisse in Polen intensiv verfolgte. Beide sprachen Polnisch und verfügten über die einschlägigen Kontakte. So waren sie – wenn wir uns trafen – eine wichtige

und vertrauensvolle Informationsquelle über die Vorgänge in Polen. Gleichzeitig jedoch erschien es Martin Gutzeit, dem langjährigen Mitstreiter, und mir befremdlich, dass hier Gewerkschaften zu dieser einzigartigen politischen Kraft wurden – dies entsprach nicht unseren Vorstellungen im Felde des Politischen. Dass dann in den folgenden Monaten Millionen Polen Mitglied dieser Gewerkschaft wurden, faszinierte und war eine ungeheure Ermutigung im Hoffen auf Perspektiven von Veränderung. Ich dachte damals: das geht mit Deutschen nicht! Glücklicherweise erwies dann die Friedliche Revolution 1989, dass dies – so grundsätzlich jedenfalls – nicht stimmte.

Ende der 70er Jahre hatten wir in einer kleinen konspirativen Gruppe kritische Texte verbreitet, was durchaus gefährlich war, aber letztlich eine Kleinigkeit – und in Polen beobachteten wir ein Feuerwerk, das einem Erdbeben gleichkam. Heute wissen wir, dass Honecker anfangs im Rahmen des Warschauer Paktes für ein militärisches Eingreifen in Polen eintrat. Die SED schloss die Grenzen nach Polen, um den Funken des Aufruhrs nicht über die Oder springen zu lassen. Ein Freund, der im Herbst 1980 Material aus Danzig mitbrachte, wurde zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. So wurden meine Kontakte nach Polen abgeschnitten. Im Laufe des Jahres 1981 stieg die Sorge, dass auch die NVA an einer möglichen Intervention der sozialistischen Staaten beteiligt sein würde. Ich selbst hatte den Wehrdienst total verweigert, also auch den Dienst bei den Bausoldaten. Einige enge Freunde jedoch, die den Wehrdienst abgeleistet hatten, befürchteten, als Reservisten eingezogen zu werden und verweigerten prophylaktisch mit der Folge, dass sie ihre berufliche Stellung verloren. Die Einführung des Kriegsrechts in Polen und die Internierung der führenden Solidarność-Aktivisten im Dezember 1981 war dann ein Schock. Vor Ort – in meiner Kirchgemeinde in Mecklenburg – organisierten wir Paketaktionen an mir bekannte Adressen, gleichzeitig setzte ich mich dafür ein, dass die Kirche insgesamt aktiv wird. Es war schließlich eine große Freude, dass dies dann auch gelang. Das Diakonische Werk und die Aktion „Brot für die Welt“ in der DDR sandten konkrete Hilfe nach Polen, ein wichtiges Zeichen der Solidarität! In der deutschen – aber auch in der polnischen Öffentlichkeit ist dies bis heute kaum bekannt, hier erinnert man sich nur an die wirklich überwältigende Solidarität und die Paketaktionen durch die westdeutsche Gesellschaft.

Schwer erschüttert hat mich und meine Freunde 1984 der Mord an dem polnischen Priester Jerzy Popiełuszko. Er machte uns schlagartig deutlich, was einem in der konkreten Arbeit nicht immer bewusst war: Dass unser Handeln durchaus auch gefährlich war, in Polen wie in der DDR. Hier gab es eine tiefe Verbundenheit und Trauer.

1985 jährte sich das Ende des Zweiten Weltkrieges zum 40. Male. In der Vorbereitung dieses Jahrestages beschäftigten wir uns intensiv mit den Fragen von Schuld und Verantwortung. Die SED definierte sich zwar als antifaschistischer Staat, doch war dies ein ideologisch bestimmtes Selbstbild. Die kommunistische Führung der DDR war im Widerstand gegen Hitler gewesen – hatte dann aber in der DDR mit Hilfe der Sowjets eine Diktatur errichtet, die in vielen Dimensionen ähnliche Strukturmerkmale aufwies wie die NS-Diktatur. Gleichzeitig fehlte es in der DDR an einer offenen und öffentlichen Auseinandersetzung mit der eigenen deutschen Schuld und der Verantwortung für die Verbrechen des Nationalsozialismus. Die DDR-Bevölkerung wurde gewissermaßen durch den Widerstand der SED-Führung mit entschuldet. Die Verantwortung wurde dem Westen zugeschrieben.

Im Westen Deutschlands wiederum hatte die Aufarbeitung der NS-Diktatur erst spät begonnen und war mit heftigen innenpolitischen Auseinandersetzungen verbunden. Allzu lange verstanden sich die Deutschen im Westen selbst als Opfer des Krieges, wie nicht zuletzt die Debatte um die Ostdenkschrift der Evangelischen Kirche von 1965 zeigte, die sich um eine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze bemühte. Eine wichtige Rolle spielte dann die wegweisende Botschaft der polnischen katholischen Bischöfe in ihrem Brief 1966 an die deutschen Brüder. Die Politik Willy Brandts ab 1969 nahm diese Impulse auf. Das Bekenntnis zu eigener Schuld und Verantwortung erschloss Wege zur Verständigung mit Polen und es begann ein Prozess, der Versöhnung ermöglichte. Mit der Rede von Richard von Weizsäcker 1985 vor dem Bundestag öffnete sich dann auch der eher konservative Teil der Gesellschaft dieser Perspektive. Erstmalig wurde das Kriegsende offiziell als „Befreiung vom menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft“ dargestellt. Das war ein Durchbruch – 40 Jahre nach dem Krieg!
Die Debatten jener Jahre machten sehr deutlich, wie stark der offene und kritische Umgang mit der eigenen belastenden Geschichte eine befreiende Wirkung im Miteinander der Völker hat. Die evangelische Kirche hatte diese Erfahrung schon unmittelbar nach dem Krieg machen können, als sie nach dem sogenannten „Stuttgarter Schuldbekenntnis“ im Oktober 1945 wieder in die internationale ökumenische Gemeinschaft der Christen Eingang fand.
In den evangelischen Kirchen in der DDR, etwa in der „Aktion Sühnezeichen“ und in den Kreisen der Opposition war in diesem Kontext – anders als bei der SED – die Frage nach der eigenen deutschen Verantwortung lebendig. Dies führte dann auch dazu, dass wir nach der freien Wahl im März 1990 in der ersten Sitzung der Volkskammer am 12. April 1990 eine Erklärung verabschiedeten, in der wir uns in klarer Distanz zur SED als Ostdeutsche ebenfalls in die Schuld- und Verantwortungsgeschichte aller Deutschen stellten. Eine Folge dieser Perspektive war dann auch der unbedingte Einsatz für eine bedingungslose und schnelle Anerkennung der polnischen Westgrenze durch die DDR-Regierung, was dann zu Konflikten mit der Bundesregierung und insbesondere mit Kanzler Kohl führte. Darüber wird in diesen Erinnerungen ausführlich berichtet.

Blickt man zurück auf die 80er Jahre fällt ein Unterschied zwischen der Solidarność und der kleinen Opposition in der DDR in der Einschätzung der politischen Lage auf: Sowohl die Systemopposition in Polen wie in anderen sogenannten sozialistischen Ländern verehrten den US-Präsidenten Ronald Reagan als Kämpfer für die Befreiung vom kommunistischen Joch und bis heute steht er in der Verehrung ganz hoch im Kurs. Ganz anders bei uns. Für die entstehende DDR-Opposition Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre spielte die Friedensfrage eine zentrale Rolle.
Die Sowjetunion hatte in den 70er Jahren mit der „SS 20“ ihre Mittelstreckenwaffen modernisiert, diese stellten eine verstärkte Bedrohung Westeuropas dar, insbesondere der Bundesrepublik. Darauf regierte der Westen mit dem NATO-Doppelbeschluss, schließlich 1983 mit der Aufstellung von Pershing II und Cruise-Missils. Nach unserer Überzeugung führte dies zu einer so starken Verkürzung der Vorwarnzeiten, dass das Risiko eines Nuklearkrieges deutlich stieg. Zudem war klar – dieser würde insbesondere auf deutschem Boden stattfinden, von dem dann nicht viel Lebendiges übrig bleiben würde. In der Gegnerschaft gegen diese Nachrüstung waren wir mit der Friedensbewegung im Westen einig – und auch mit der DDR-

Führung. Doch kritisierten wir eben auch die Aufstellung der SS-20-Raketen und die ganze Logik der Abschreckungspolitik und des Wettrüstens. Wir unterstützten das von der Palme-Kommission Anfang der 80er Jahre entwickelte Konzept der gemeinsamen Sicherheit, nach der Sicherheit im nuklearen Zeitalter nicht gegeneinander gerüstet, sondern miteinander verhandelt werden muss.
Diese Differenz zur Sicherheitspolitik der SED reichte, um die entstehenden „Friedensgruppen" in der DDR zu kriminalisieren, so wie jede andere Kritik an der offiziellen Politik, etwa zu Umweltfragen.
Bis heute kann ich die Heroisierung von Ronald Reagan in Polen nicht wirklich verstehen. Gegenüber Moskau hielt er die Menschenrechte hoch, doch war das glaubwürdig? Wenn man seine Politik gegenüber den Militärregimen in Mittel- und Lateinamerika betrachtet, sind meine Zweifel groß (und waren es schon damals)!
Diese unterschiedliche Einschätzung wurde vor 15 Jahren noch einmal politisch. 2003 hatte ich die politische Opposition auf Kuba besucht und darüber einen Bericht geschrieben. Bei der Vorbereitung hatte ich manche Unterstützung von „People in Need" erhalten, einer von Vaclav Havel gegründeten Organisation in Prag, wie auch aus den Niederlanden und den USA. So erhielten diese auch meinen Bericht. In Berlin veranstalteten wir eine Konferenz zur Unterstützung der kubanischen Opposition, an der auch Vaclav Havel teilnahm. Havel kam dann auf die Idee, eine Delegation von ehemaligen Dissidenten aus Europa nach Lateinamerika zu schicken, um dort für eine kritischere Einschätzung der kubanischen Politik der Castros zu werben und deutlich zu machen, dass es sich hier um eine Diktatur handelt. Er lud mich ein, an dieser Delegation teilzunehmen. Zu ihr gehörten u. a. aus Bulgarien der frühere Präsident Schelju Schelew, aus der Tschechische Republik an Ruml und aus Polen Grzegorz Gromadzki. Wir waren eine wunderbare Truppe, verstanden uns persönlich hervorragend und besuchten Argentinien, Guatemala und Chile. Doch brachen hier schließlich die unterschiedlichen Einschätzungen von Ronald Reagan wieder auf. Ich stand ziemlich allein da, als ich versuchte darzulegen, dass eine Orientierung an Reagan, der von allen anderen Teilnehmern der Delegation hoch verehrt wurde, unsere Botschaft völlig konterkarieren würde. Man müsse erst einmal verstehen, warum Fidel Castro in Lateinamerika so hoch im Kurs stehe, nämlich weil er „als kleiner David", dem „großen Goliath USA" widerstanden habe, während die USA aus eigenen Wirtschafts- und Machtinteressen Lateinamerika lange als ihren „Hinterhof" betrachteten und die Verteidigung der Menschenrechte dort nun wirklich nicht deren Thema war. Wir konnten uns nicht einigen und die Reise wurde von ihrer eigentlichen Zielsetzung her ein Flop, unsere Botschaft konnte so nicht ankommen.

Bis zu meinem 35. Lebensjahr rechnete ich nicht damit, jemals in einer Demokratie oder gar in einem geeinten Deutschland leben zu können. Das eigene politische Denken und Agieren hatten mehr moralische Gründe: Man durfte zu dem Unrecht nicht schweigen, es galt, wo irgend möglich, etwas dagegen zu tun und zumindest, die Dinge beim Namen zu nennen. Der Widerstand in der NS-Zeit war das große Vorbild, etwa die studentischen Aktionen der „Weißen Rose", obwohl er im unmittelbaren Sinne nicht erfolgreich war. Diese deutschen Widerständler retteten in meinen Augen die Ehre der Deutschen. Ihr Widerstand war wichtig, obwohl sie nicht damit rechnen konnten, dass ihre Flugblätter das NS-Regime stürzen oder den Krieg beenden würde.

Erst mit der Politik Gorbatschows begann langsam eine Hoffnung auf realistische Änderung zu wachsen. Die Aufstände im kommunistischen Osten in den Jahrzehnten zuvor waren durch sowjetische Panzer und ihre Verbündeten niedergeworfen worden. Es musste sich also erst etwas in Moskau ändern, um auch in den Satellitenstaaten der Sowjetunion die kleinste Chance auf Erfolg möglich zu machen. Diese Änderung kam mit Gorbatschow. Ich erinnere mich an Gespräche mit Martin Gutzeit 1987, in denen wir vorsichtig echte Veränderungen für möglich hielten. Von zentraler Bedeutung war dann Gorbatschows Rede vor der UN-Vollversammlung im Dezember 1988. Solche Botschaften aus Moskau, international vorgetragen – Anerkennung des internationalen Rechts und der Menschenrechte – und damit das Recht der Satellitenstaaten der Sowjetunion, das eigene System zu wählen, der angekündigte Rückzug von 500.000 Soldaten aus Mitteleuropa - das eröffnete ungeahnte Spielräume und bedeutete für uns eine Herausforderung, nun selbst auch vorbereitet zu sein, den nötigen Umbruch selbst in die Hand zu nehmen.
Natürlich blieb vorerst offen, wie ernst das gemeint war, auch, ob Gorbatschow sich in der Sowjetunion mit dieser Politik durchsetzen würde – aber das Signal war gesendet. So ist es wohl kein Zufall, dass dann im ersten Halbjahr in Polen und Ungarn die entscheidenden Impulse zur Veränderung zum Durchbruch kamen.

In diesen Erinnerungen habe ich ausführlich dargestellt, wie ich diese entscheidenden Jahre 1989/90 erlebt und was ich getan habe. Ich war mittendrin in diesen Prozessen und habe sie mitgestaltet – in den Aktivitäten der Opposition, die Vorbereitung und Gründung der Sozialdemokratischen Partei als erster Partei, die sich aus den oppositionellen Gruppen heraus gründete, mit diesen in der Gegnerschaft gegen die Diktatur verbunden und gleichzeitig in klarer Differenz, denn viele in der Opposition lehnten damals noch Parteien ab. Dann die Friedliche Revolution bis zum Mauerfall und schließlich bis zur Etablierung des Runden Tisches in der DDR, welcher die freien Wahlen vorbereitete, die im März 1990 stattfanden. Die kommunistische Diktatur war überwunden, mit den Wahlen hatte sich die DDR selbst demokratisiert. Die DDR-Bürger wollten die deutsche Einheit, wählten die Parteien, die sie ihnen baldmöglichst versprachen. Die gewählte DDR-Regierung führte die für die Vereinigung Deutschlands nötigen Verhandlungen mit der Bundesrepublik sowie mit den Alliierten des Zweiten Weltkrieges in den sogenannten Zwei-plus-Vier-Verhandlungen. Im Ergebnis wurde – durch die Beschlussfassung der frei gewählten Volkskammer, dem Parlament der DDR – am 3. Oktober 1990 die deutsche Einheit vollzogen. In diesem Zusammenhang wurde auch die polnische Westgrenze dauerhaft völkerrechtlich anerkannt. 45 Jahre nach dem von uns Deutschen begonnenen Zweiten Weltkrieg mit all den furchtbaren Verbrechen, die wir in ganz Europa verübt haben, war Deutschland wieder vereint, in Freiheit und Demokratie und mit der Akzeptanz der europäischen Nachbarn. Dies wurde zur Glücksstunde der Deutschen im 20. Jahrhundert.

Es war aber nicht nur ein nationales Ereignis. Die Friedliche Revolution in der DDR gehörte in einen größeren Kontext, sie war Teil einer mitteleuropäischen Revolution, die in Polen mit dem Runden Tisch begann, der das Modell lieferte – eine unblutige Revolution durch Verhandlungen. Dieser neue und gewaltfreie Ansatz politischen Handelns aus der Gesellschaft heraus machte Schule, in Ungarn, in der DDR – in der ČSSR wurde schließlich nicht mehr

lange verhandelt. Der Mauerfall am 9. November 1989 wurde – wie der Sturm auf die Bastille in der Französischen Revolution 1789 – zum Symbol und Fanal für diesen gewaltfreien Wandel, für das Ende des Kalten Krieges. Eigentlich müssten wir im Zentrum Europas dieses symbolische Datum jedes Jahr gemeinsam feiern, als Symbol für den Sieg von Freiheit und Demokratie in dieser zentraleuropäischen Revolution.
Schon zuvor war – auf die Initiative von Gorbatschow hin – zwischen der Sowjetunion und USA unter Ronald Reagan in Abrüstungsverhandlungen die Vernichtung der nuklearen Mittelstrecken erreicht worden. Nun begannen 1990 Verhandlungen zwischen den ehemaligen Alliierten des Zweiten Weltkrieges und den beiden deutschen Staaten zur Deutschen Einheit. Diese sogenannten Zwei-plus-Vier-Gespräche wurden im September 1990 abgeschlossen. Im Gefolge begannen im Rahmen der KSZE Verhandlungen zur künftigen Gestaltung Europas. Es galt, mit dem Ende des Kalten Krieges neue Grundlagen für die Zukunft Europas zu schaffen. Im November 1990 verabschiedeten die KSZE-Mitgliedsstaaten in Paris die sogenannte „Charta von Paris“, in welcher sich die ehemaligen Gegner die Hände reichten, sich zur Demokratie bekannten und die Staaten sich gegenüber ihren Völkern zu den Menschenrechten verpflichteten. Sie bekannten sich zu den Grundsätzen und Zielen der Charta der Vereinten Nationen, der KSZE und versicherten sich gegenseitig der territorialen Integrität und des Gewaltverzichts. Für die Zukunft wurden Strukturen gemeinsamer Sicherheit in Aussicht genommen. Im Jahr darauf zerfiel die Sowjetunion in ihre Bestandteile, die Republiken, die jeweils ihre Unabhängigkeit erlangten.

1989 gab es bei den neuen demokratischen Kräften ein klares Bewusstsein der Verbundenheit mit den jeweiligen Akteuren in den benachbarten Ländern. So lud Tadeusz Mazowiecki auf Initiative von Jacek Czaputowicz Vertreter der demokratischen Opposition am Zentralen Runden Tisch der DDR nach Polen ein. Diese Reise fand im Januar 1990 statt. Aus der DDR nahmen u. a. Ludwig Mehlhorn und Wolfgang Templin teil, unsere Polenexperten, darüber hinaus Ulrike Poppe, Stephan Bickhard und Stephan Hilsberg. In einem offenen Austausch gab es Gespräche mit Lech Wałęsa in Danzig, mit Tadeusz Mazowiecki, Bronisław Geremek, Jacek Kuroń, Adam Michnik und Artur Hajnicz.
Nach der freien Wahl im März 1990 machte ich meine erste Reise als Außenminister nicht nach Bonn, sondern nach Warschau, um mit der polnischen Regierung die aktuellen politischen Fragen zu besprechen, insbesondere, um meine Unterstützung für die bedingungslose Anerkennung der polnischen Westgrenze auszudrücken. Im Gefolge entwickelten Außenminister Skubiszewski und ich gemeinsam mit Jiri Dienstbier aus der ČSSR einen gemeinsamen Vorschlag für die Weiterentwicklung der KSZE, welcher einer Anregung Tadeusz Mazowieckis folgte.

Die politischen Entwicklungen dieser zwei Jahre – 1989/91 – vollzogen sich in einer Geschwindigkeit, die es schwer machte, sie in ihrer Komplexität zu begreifen. Die Landkarte Europas änderte sich grundlegend. Gleichzeitig war dies verbunden mit einem Siegeszug der Demokratie, zu der sich die meisten Staaten Europas bekannten.
Immer mehr wurde dabei deutlich, dass dies für die einzelnen selbst wie auch für die Gestaltung ihrer Beziehungen eine ungeheure Herausforderung bedeutete.

Auch die deutsch-polnischen Beziehungen fanden mit den Umwälzungen dieser Zeit eine völlig neue Grundlagen. An der inzwischen völkerrechtlich anerkannten Grenze an Oder und Neiße trafen nunmehr zwei demokratische Staaten zusammen, ein demokratisches Polen und das vereinte Deutschland. Ihr Verhältnis zueinander war einerseits durch schwere historische Belastungen bestimmt, zum anderen aber fühlten sich beide durch die jüngere Geschichte auch besonders verbunden, durch die besondere Verantwortung Deutschlands gerade wegen dieser Vergangenheit, aber eben auch durch den gemeinsamen und erfolgreichen Aufstand für Freiheit und Demokratie in Polen und in der DDR und die Überwindung des Kommunismus. Polens Nachbarn waren neue Staaten, nicht nur Deutschland. Russlands Präsident Jelzin hatte wesentlich zur Auflösung der Sowjetunion beigetragen, Polen hatte zu den ersten Staaten gehört, welche die unabhängige Ukraine anerkannte, im Süden hatten sich 1992 die Tschechische und Slowakische Republik friedlich durch Verhandlungen getrennt. Alle diese Staaten beriefen sich auf die gemeinsamen europäischen Werte, die in der Charta von Paris ihren Ausdruck gefunden hatten. Mit den Nachbarn im Süden verband sich Polen durch den gemeinsamen Wunsch auf Mitgliedschaft in der dann bald so genannten Europäischen Union und gründete mit ihnen und Ungarn die Visegrád-Gruppe.

In Deutschland herrscht in der Öffentlichkeit wie auch in der Geschichtswissenschaft das Narrativ, dass 1989/90 die DDR untergegangen sei und die Bundesrepublik mit ihrem Kanzler Helmut Kohl die deutsche Einheit gemacht hat. Dieses Narrativ ist von der polnischen Geschichtsschreibung weitgehend übernommen worden. Ich aber widerspreche dem – und versuche dies in diesen Erinnerungen erzählend zu begründen.
Nach meiner Überzeugung ist die DDR nicht untergegangen, sondern die kommunistische Herrschaft in ihr. Der Staat DDR hat sich in der Friedlichen Revolution selbst demokratisiert, wie dies 1989 auch in Polen der Fall war. 1990 war die DDR dann ein ebenso demokratischer Staat wie Polen. In einer Friedlichen Revolution war das kommunistische Regime hinweggefegt worden. Am Runden Tisch (Dez.1989-März 1990) wurde der Übergang organisiert – und nach polnischem Modell (mit Variationen) AUSGEHANDELT – und es fanden Wahlen statt, wirklich freie Wahlen! Die Regierung, der ich dann angehörte, war nicht weniger (eher mehr) demokratisch legitimiert als die Regierung Mazowiecki!

Diese Regierung führte dann – entsprechend dem Wunsch der großen Mehrheit ihrer Bürgerinnen und Bürger die notwendigen Verhandlungen, die zu Verträgen führten – und zum Beitritt, d. h. zur deutschen Vereinigung.

In diesen Zusammenhang gehört auch der Grenzvertrag mit Polen. Gerade in dieser zentralen Frage hatte ich als demokratisch legitimierter Außenminister – getragen von der ganzen Regierung (jedenfalls anfangs) – eine völlig andere Position als die Bundesregierung. Die Einzelheiten finden sich in diesem Buch.

Eine häufige und international typische Fehlwahrnehmung ist, als sei die DDR nur die kommunistische DDR. Diese jedoch ist wahrhaftig untergegangen – aber eben nicht in der deutschen Vereinigung, sondern in der Friedlichen Revolution 1989!

Danach aber gab es noch für kurze Zeit eine demokratische DDR, die gerade in der Grenzfrage eine eigenständige Position hatte und diese offensiv vertrat. Sie hat – und das nehme ich für mich in Anspruch – für Polen bedeutenden Anstöße in dieser Frage gegeben. Hier nenne ich nur die wichtige Anregung an Krzysztof Skubiszewski, in den laufenden Gesprächen den Grenz- und Grundlagenvertrag (= Nachbarschaftsvertrag) zu unterscheiden und damit einen schnellen Abschluss des Grenzvertrages möglich zu machen, an dem Polen gelegen sein musste!

Berlin, 27 VIII 2023 r.